

## **Antrag**

**der Abgeordneten Prof. Dr. Jörn Kruse, Dr. Alexander Wolf, Dirk Nockemann,  
Detlef Ehlebracht, Harald Feineis, Andrea Oelschläger und Peter Lorkowski  
(AfD)**

**Betr.: Keine Ausgrenzung von Abgeordneten bei öffentlichen Veranstaltungen**

Auf Einladung der Kulturbehörde wurde Ende 2017 ein Runder Tisch zur Aufarbeitung des kolonialen Erbes ins Leben gerufen. Ziel sei, den Grundstein für ein Fachgremium zu legen, das unter Beteiligung der Zivilgesellschaft ein postkoloniales Erinnerungskonzept für Hamburg ausarbeiten soll.

Der zweite Runde Tisch fand am Freitag, 23. März 2018, statt. Der Einladung folgte auch der AfD-Bürgerschaftsabgeordnete Dr. Alexander Wolf, der auch stellvertretendes Mitglied des Kulturausschusses ist. Insgesamt nahmen circa 100 Teilnehmer am Runden Tisch teil, darunter auch der Linken-Abgeordnete Norbert Hackbusch und Prof. Dr. Jürgen Zimmerer von der Universität Hamburg, der Leiter der Forschungsstelle „Hamburgs (post-)koloniales Erbe/Hamburg und die frühe Globalisierung“ ist.

Von mehreren Teilnehmern wurde lautstark gefordert, dass Dr. Alexander Wolf den Runden Tisch vor Beginn der Diskussion zu verlassen habe, da er als AfD-Politiker Vertreter einer offen rassistischen und nazistischen Partei sei, mit dem man nicht diskutieren wolle. Der Organisator und Leiter der Veranstaltung, [REDACTED], von der Behörde für Kultur und Medien, hat dann aber nicht etwa die Teilnehmer aufgefordert, sich sachlich und gesittet mit etwaigen Redebeiträgen unter anderem von Dr. Wolf auseinander zu setzen, sondern seinerseits Dr. Wolf gebeten, die Veranstaltung zu verlassen. Da Dr. Wolf die Veranstaltung nicht sprengen wollte, verließ er unter triumphalem Gejohle der Anwesenden den Raum.

Dabei handelt es sich zunächst um eine unwürdige Verweigerung eines intellektuellen Diskurses, die der Kulturbehörde ein sehr schlechtes Zeugnis ausstellt. Einem lärmenden Mob nachzugeben, der nicht an Diskurs und Erkenntnis interessiert ist, sondern nur an einer platten politischen Kundgebung, kann niemals richtig sein. Das stellt das gesamte Projekt des „Runden Tisches koloniales Erbe“ schon von Beginn an in das schlechte Licht der politischen Einseitigkeit und Undifferenziertheit.

Darüber hinaus handelt es sich um eine Veranstaltung der Kulturbehörde, die aus Steuermitteln finanziert wird und in den Räumen des Museums für Hamburgische Geschichte der Freien und Hansestadt Hamburg stattfindet. Davon ein Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft quasi auszuschließen, ist vollständig indiskutabel.

Das wäre es auch dann gewesen, wenn Dr. Wolf später in der Diskussion Positionen vertreten hätte (was keiner wissen konnte), die anderen Teilnehmern nicht gefallen. Die Regeln eines intellektuellen Diskurses sollten auch der Kulturbehörde bekannt sein, ebenso natürlich dem Kolonialforscher Prof. Dr. Jürgen Zimmerer von der Universität Hamburg. Eine laute „physische Mehrheit“ ist dabei niemals ein Argument.

Etwas Derartiges darf sich keinesfalls wiederholen. Die Hamburgische Bürgerschaft muss ein klares Signal setzen:

Zu jedem Zeitpunkt und an jedem Ort muss die nicht diskriminierende Teilnahme aller Bürgerschaftsabgeordneten an den Veranstaltungen der Hamburger Behörden gewährleistet sein.

Dies gilt insbesondere dann, wenn es um einen öffentlichen Diskurs geht, der politische Relevanz hat.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

1. Die Hamburgische Bürgerschaft stellt fest, dass der Ausschluss des Abgeordneten Dr. Wolf von der Veranstaltung des „Runden Tisches zur Aufarbeitung des kolonialen Erbes“ ein eklatanter Verstoß gegen Demokratie, Meinungsfreiheit und die Rechte eines frei gewählten Abgeordneten war.
2. Der Senat wird aufgefordert, zukünftig sicherzustellen, dass Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft ein ungehinderter Zugang und eine ungehinderte Teilnahme an Veranstaltungen möglich ist, die von öffentlichen Stellen und Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg ausgerichtet oder mit ausgerichtet werden, die in den Räumlichkeiten der Freien und Hansestadt Hamburg stattfinden und/oder die – ganz oder teilweise – mit öffentlichen Geldern finanziert werden.